



Kein Partner, aber ein Kind: Alleinerziehende brauchen Zugang zur Arbeitswelt - nicht nur wegen des Geldes, sondern auch, um sozial teilzuhaben.

Arbeit sichert Partizipation

Alleinerziehende brauchen dafür mehr Unterstützung

Arbeit sichert nicht nur den Lebensunterhalt, sie schafft auch Zugänge zur sozialen Teilhabe. Wer keinen Job hat, muss auf regelmäßige Kontakte verzichten und hat meist auch kein Geld für Kultur- und Freizeitangebote. Offener Zugang zur Erwerbstätigkeit zählt deshalb zu den Menschenrechten. Einen Arbeitsplatz zu bekommen und zu behalten, ist dennoch für viele Menschen keine Selbstverständlichkeit. Besonders schwer haben es Alleinerziehende.

Die größten Hürden: mangelnde soziale Unterstützung und Vorbehalte bei den Arbeitgebern. Die Wanderausstellung „Kompetent, zuverlässig, engagiert im Beruf - Alleinerziehende in Brandenburg“ zeigt, dass es auch anders geht. Die beiden Alleinerziehendenverbände SHIA (Selbsthilfegruppen Alleinerziehender) und VAMV (Verband alleinerziehender Mütter und Väter) haben sie gemeinsam konzipiert. Im Oktober wurde sie im Mehrgenerationenhaus „Kleeblatt“ in Bestensee gezeigt. Birgit Uhlworm, Geschäftsführerin von SHIA, hielt die Eröffnungsrede. Als Gäste waren die Landesgleichstellungsbeauftragte Monika von der Lippe und der Bestenseer Bürgermeister Klaus-Dieter Quasdorf gekommen.

Erwerbstätig trotz vieler Barrieren

Die Ausstellung porträtiert auf großen Roll-Ups alleinerziehende Eltern, die fest im Berufsleben stehen. Man erfährt viel über ihre Motivationen und Potenziale, aber auch manches über die Widerstände, die sie auf ihrem Weg überwinden mussten. Denn

Alleinerziehenden wird es auf dem Arbeitsmarkt nicht leichtgemacht.

Vorbehalte bei den Unternehmen

Unternehmen tun sich mit Eltern, vor allem aber mit Alleinerziehenden grundsätzlich schwer. Die mit zwei Studienabschlüssen gut qualifizierte Anja Becker zum Beispiel, eine der in der Ausstellung vorgestellten Mütter, hat wegen ihrer Familiensituation keinen Arbeitsplatz gefunden: „Gab ich im Anschreiben ‚alleinerziehend‘ an, kam ich nicht mal bis zum Vorstellungsgespräch. Ließ ich es weg, flatterten sofort die Einladungen ins Haus.“

Juristisch sind derartige Praktiken bedenklich, denn sie verstoßen nicht nur gegen die Allgemeinen Menschenrechte, sondern auch gegen andere Antidiskriminierungsgesetze. Alleinerziehende sind zu 90 Prozent Frauen, und Benachteiligungen aufgrund des Geschlechtes, der sozialen Herkunft oder des „sonstigen Standes“ - hier: die Familiensituation - werden überall geächtet.

Es geht auch anders

Die Ausstellung zeigt aber auch, dass sich die Unternehmen mit ihren Vorbehalten selbst schaden. Denn Alleinerziehende haben große Potenziale: Sie sind hoch motiviert und wegen der hohen Anforderungen, die sie schon im familiären Bereich bewältigen müssen, besonders zuverlässig und belastbar. Dr. Christine F. Kreiner, Vorstandsvorsitzende eines Bio-Technologiebetriebes in Hennigsdorf, hat das erkannt und geht deshalb den umgekehrten Weg: „Wenn ich für einen Arbeitsplatz zwei gleich qualifizierte Bewerbungen habe, entscheide ich mich für die Frau. Und wenn es zwei Frauen sind und eine davon erzieht ihre Kinder allein, kriegt sie den Job.“ Dr. Kreiner findet, dass auch die Wirtschaft ihren Beitrag für eine familienfreundliche Gesellschaft leisten muss.

Potenziale für den Arbeitsmarkt

Auch wegen des Fachkräftemangels wäre es nicht schlecht, wenn sich der Arbeitsmarkt stärker an die Bedürfnisse Alleinerziehender anpassen würde. Sie sind nämlich schon lange keine Randgruppe mehr. In Brandenburg gibt es 60.800 Ein-Eltern-Familien. Das entspricht etwa einem Viertel aller Familienhaushalte. Die Tendenz ist steigend. Trotz eines hohen Erwerbsanteils sind überproportional viele er-



Von rechts:
Monika von der Lippe,
Landesgleichstellungsbe-
auftragte, Mareike Krohn,
Leiterin des Mehrgenera-
tionenhauses „Kleeblatt“
in Bestensee, Klaus-Dieter
Quasdorf, Bürgermeister,
und Birgit Uhlworm,
Geschäftsführerin von
SHIA

gänzend oder vollständig auf Arbeitslosen- und/oder Sozialgeld angewiesen. Die Folge: finanzielle Probleme, soziale Ausgrenzung und höhere Anfälligkeit für Krankheiten.

Familienfreundliche Strukturen: eine Aufgabe für die Politik

Hier ist auch die Politik gefordert. Die Brandenburger Regierung hat in der Vergangenheit wiederholt ihr Interesse an einer familienfreundlicheren Gestaltung des Gemeinwesens betont. Dazu gehört auch, so Monika von der Lippe, für familienfreundlichere Arbeitszeiten und Arbeitsplätze einzutreten. Die Arbeitszeiten erstrecken sich in vielen Beschäftigungsbereichen aber mittlerweile bis in die Nacht, und die meisten Kitas schließen ihre Pforten nach wie vor bereits um 17.00 Uhr.

Dazu kommt: In Brandenburg gibt es nicht einmal genug Kita-Plätze. Und wenn es um die Vergabe geht, werden Alleinerziehende in vielen Kommunen ganz offen ausgegrenzt - dann nämlich, wenn sie nicht berufstätig sind. Gerechtfertigt wird das mit den klammen Kommunalfinanzen. „Die Kommunen haben keine Wahl und müssen Prioritäten setzen“, meinte auch Klaus-Dieter Quasdorf bei der Ausstellungseröffnung. Dabei wird übersehen, dass die durch Vorenthaltung eines Kita-Platzes eingesparten Kosten deutlich geringer

sind als das erwerbslosen Eltern zu zahlende Arbeitslosengeld. Immerhin ist verlässliche Kinderbetreuung keine Prämie, sondern Voraussetzung für Erwerbstätigkeit: Auch Alleinerziehende brauchen Zeit für Bewerbungen und Anstellungsgespräche. Und schließlich sollte in Erwägung gezogen werden, dass damit ein Rechtsanspruch verweigert wird.

Die gesamte Familie wird ausgegrenzt

Ohne Kita-Platz wird die ganze Familie sozial und kulturell ausgegrenzt: Den Kindern wird der Zugang zur frühkindlichen Bildung verwehrt, den Eltern die Kommunikation und der Zugang zu privaten sozialen Netzwerken versperrt. Das sieht auch die Landesgleichstellungsbeauftragte von der Lippe so: „Deshalb müssen vor allem auf dem Land genügend Kitas vorhanden sein, und sie müssen verlässliche Öffnungszeiten haben. Die Wege sind lang, die mobile Infrastruktur ist mangelhaft. Da braucht man die Betreuung in der Nähe.“

Meint man es ernst mit der Partizipation, muss aber noch mehr getan werden. Denn vielen Alleinerziehenden mangelt es auch dann an Geld, wenn sie berufstätig sind. In über 90 Prozent sind es die Mütter, die ihre Kinder allein großziehen. Viele von ihnen arbeiten in schlecht bezahlten „Frauen-

berufen“ oder im Niedriglohnbereich. Noch schwerer haben es sehr junge alleinerziehende Frauen. Sie haben im Vergleich schlechtere Schulabschlüsse und, wenn überhaupt, nur geringwertige berufliche Qualifikationen. Oft sind sie noch vor einem möglichen Ausbildungsbeginn schwanger geworden. Hier wären nicht nur höhere Löhne, sondern auch besondere Qualifizierungsangebote vonnöten.

Die in der Ausstellung vorgestellten Eltern haben diese Hürden zumeist aus eigener Kraft überwunden. Sie haben trotz der Doppelbelastung Schul- und Berufsabschlüsse nachgeholt oder sogar studiert. Unterstützung haben sie vor allem von Angehörigen und Gleichbetroffenen, mitunter auch von Bildungsträgern und Unternehmen erhalten. Denn zielgerichtete öffentliche Unterstützung für Alleinerziehende gibt es in Brandenburg nur punktuell und sporadisch. „Das muss sich ändern“, stellte Birgit Uhlworm abschließend fest, „Politik und Wirtschaft müssen begreifen, dass man ein Viertel aller Familien nicht einfach ausschließen kann.“

Die Ausstellung zeigt, dass Fördermaßnahmen für junge Mütter ohne Berufsabschluss und andere spezielle Angebote zur beruflichen Integration Alleinerziehender genauso unverzichtbar sind wie verlässliche Entlastungsangebote für die Betreuung der Kinder. Sie zeigt aber auch, dass die Unternehmen sich für diese Gruppe öffnen müssen und können - und zwar nicht nur aus sozialen Gründen, sondern weil sie damit hochmotivierte Angestellte gewinnen.



Die Broschüre zur Ausstellung stellt Alleinerziehende und Unternehmen vor, die ihre Stellenpolitik familienfreundlich gestalten. Sie spricht gleichermaßen Ein-Elternfamilien und Personalverantwortliche an. Erhältlich ist sie bei:

SHIA Brandenburg

Tel. 03375 294 752

shia.brandenburg@t-online.de

www.shia-brandenburg.de

Beteiligung konkret!

Neuer Landesrat vertritt Kinderrechte in den Erzieherischen Hilfen

Es ist schon fast Tradition: Zum dritten Mal sind Anfang Oktober 80 Kinder und Jugendliche zusammengekommen, um am landesweiten Dialogforum „Kinder und Jugendliche in den Erzieherischen Hilfen“ teilzunehmen. Sie leben in Jugendhilfe-Wohneinrichtungen in ganz Brandenburg. Insgesamt 20 Träger haben sich beteiligt.

In den vorangegangenen Dialogforen haben die Teilnehmerinnen und Teilnehmer viel über grundlegende Kinder- und Partizipationsrechte gelernt. Schon beim ersten Treffen hatten sie beschlossen, ihre Interessen zukünftig in einem landesweiten Gremium selbst zu vertreten. Am Konzept und an den Strukturen wurde lange gefeilt. Nun endlich wurde in der Jugendbildungs- und Begegnungsstätte Hirschluch in Storkow der erste Kinder- und Jugendhilfe Landesrat Brandenburg gewählt.

Er setzt sich aus 10 Vertreterinnen und Vertretern zusammen, die sich für ihre Arbeit in diesem Gremium ganz unterschiedliche Schwerpunkte gesetzt haben. André Roloff, dem 16-jährigen Vorsitzenden, geht es vor allem um landesweit gleiche Rahmenbedingungen, die 18-jährige Leoni möchte sich für eine bessere Sachausstattung und einen bedarfsgerechten Personalschlüssel einsetzen, und die 16-jährige Amely findet, dass echte Teilhabe auch davon abhängt, wie viel Taschen- und Kleidungsgeld man hat oder ob der Sportverein bezahlt wird.

Ansprechpartner für alle Kinder und Jugendlichen in den Wohngruppen

Vor allem eines aber möchten alle sein: Ansprechpartner für alle Kinder und Jugendlichen, die in Brandenburger Einrichtungen leben und für die Durchsetzung ihrer Interessen Unterstützung brauchen. Denn, so Leoni, die zur Zeit eine Ausbildung zur Erzieherin absolviert: „Für mich sind die Kinder und Jugendlichen, die in solchen Einrichtungen wohnen, wie Ge-

schwister. Sie sollen es gut haben und ihre Rechte wahrnehmen können.“ Deshalb möchte sie auch später selbst in einer Wohneinrichtung arbeiten.

Vor Ort:

Jugendministerin Britta Ernst

Vor den Wahlen hatten alle Kandidatinnen und Kandidaten in einer Gesprächsrunde Gelegenheit, sich mit Jugendministerin Britta Ernst über grundsätzliche Beteiligungsprobleme und Handlungsbedarfe in den Erzieherischen Hilfen zu verständigen. Im Mittelpunkt standen finanzielle Fragen: Warum erhalten Bewohnerinnen und Bewohner einer Einrichtung in Luckenwalde trotz gleichen Alters weniger Taschengeld als diejenigen, die in Barnim leben? Und warum hat man mancherorts nur 6,00 Euro monatlich für den gesamten Hygiene- und Kosmetikbedarf zur Verfügung, wenn andernorts zumindest die Grundversorgung von der Einrichtung bereitgestellt wird? Und warum müssen Auszubildende bis zu 80 Prozent ihrer Vergütung an das Jugendamt abtreten?

Nicht alles konnte abschließend geklärt werden, denn die meisten angesprochenen Themen gehören in den Zuständigkeitsbereich der jeweiligen Kommunen: Sie verhandeln mit den Einrichtungsträgern die Kostensätze und tragen deshalb die Verantwortung für die finanzielle Ausstattung der Wohngruppen. Ministerin Ernst bestätigte aber immerhin den Bedarf an einheitlichen Regelungen. Sie sagte auch zu, sich für entsprechende landesweite Empfehlungen einzusetzen. Und sie versprach, den neuen Kinder- und Jugendhilfe Landesrat finanziell zu unterstützen: „Fangt erstmal an, dann sehen wir, was ihr braucht“, meinte sie dazu. Der Rat wird zukünf-



Ministerin Britta Ernst freut sich über die Gründung des Landesrates. Sie hörte den Kindern und Jugendlichen interessiert zu.

tig offiziell in allen Landesangelegenheiten beteiligt, bei denen es um Einrichtungen und Angebote der Erzieherischen Hilfen in Brandenburg geht. Damit wird nicht nur ein UN-Kinderrecht, sondern auch eine Vorschrift des Kinder- und Jugendhilfegesetzes endlich konkret umgesetzt.

Ein erster Austausch zwischen dem Ministerium und den Ratsmitgliedern soll schon in den kommenden Wochen stattfinden.

Ein Angebot von Kijubb - Kompetenzzentrum Kinder- und Jugendbeteiligung

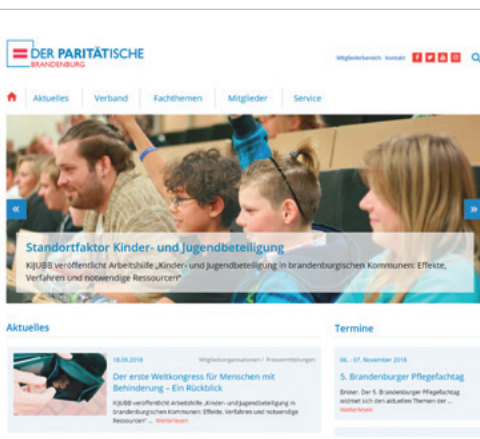
Das Dialogforum „Kinder und Jugendliche in den Erzieherischen Hilfen Brandenburg“ wurde bis 2016 vom Paritätischen Fachreferat „Kinder und Jugendhilfe“ organisiert und gehört seit 2017 zu den Projekten des Paritätischen Kompetenzzentrums Kinder- und Jugendbeteiligung Brandenburg. Tanja Redlich leitet die dort angesiedelte, vom Ministerium geförderte Fachstelle „Beteiligung in den Hilfen zur Erziehung“.

Mehr Infos:

www.beteiligung-hze.de

Neue Website, neu bei Facebook

Aktualisierte Medienauftritte des Paritätischen Brandenburg



Alte Adresse, neue Struktur

Im November wird der Paritätische Brandenburg seine neue Website online stellen. Das inhaltliche Konzept wurde überarbeitet, es gibt einige neue Features, und der Aufbau ist einfacher gestaltet. Das Design ist modern und luftig. Auch an mobile Endgeräte ist das neue Format optimal angepasst. An den Inhalten ändert sich jedoch

nichts: Auch weiterhin gehören aktuelle Nachrichten, Termin- und Veranstaltungshinweise ebenso dazu wie praktische Informationen und Arbeitshilfen. Auch die Webadresse bleibt gleich: www.paritaet-brb.de.

Neue Aktualität durch Facebook-Präsenz

Der Verband steigert nun auch seine Aktivitäten auf Facebook. Dort werden die ganz besonders aktuellen Informationen gepostet, und dort gibt es auch Gelegenheit, direkt mit dem Verband zu kommunizieren oder wichtige Anliegen zu teilen. Der Landesverband bittet um fleißiges Liken, Abonnieren und Teilen der Beiträge und um viele News und Infos von allen Interessierten. Die Facebook-Präsenz lässt sich von der Website ansurfen.

Die direkte Adresse: www.facebook.com/DerParitaetischeBrandenburg

Vielfalt: #unteilbar in Berlin

240.000 Menschen demonstrierten am 13. Oktober in Berlin für Solidarität und eine offene Gesellschaft, gegen Rassismus und Ausgrenzung. Weit mehr als erwartet. Der Paritätische Brandenburg und viele seiner Mitgliedsorganisationen waren dabei,

um gemeinsam mit dem Gesamtverband Flagge zu zeigen für ein plurales und soziales Deutschland.

Von dieser positiven Resonanz beflügelt entwickelt der Paritätische neue zukünftige Projekte in der Ad-Hoc-AG „Gegen Rechts“.



Personalia

Jubiläum

- Ellen Jordan
Leiterin des Regionalbüros Brandenburg

Am 15. Oktober konnte die Kollegin Ellen Jordan ihr 25-jähriges Verbandsjubiläum feiern. Andreas Kaczynski, Vorsitzender des Paritätischen Brandenburg, gratulierte im Namen des gesamten Verbandes und seiner Mitglieder. Ellen Jordan war eine der ersten Mitarbeiterinnen des Verbandes. Sie hat das Regionalbüro Brandenburg aufgebaut und seitdem mit viel Herz und Sachverstand geleitet. Dabei hatte sie die Kolleg*innen und Mitglieder immer im Blick. Der Paritätische ist stolz und glücklich, sie im Team zu haben. Herzlichen Dank für 25 Jahre engagiertes Wirken!



Neu im Verband

- Mirjam Deponte
Referentin Kommunikation und Information/Koordination
Stiftung Wohlfahrtspflege
Brandenburg



Mirjam Deponte ist zuständig für alle in- und externen Kommunikationsangelegenheiten und damit für die gesamte Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, für die Website, den Facebook-Auftritt und die Verbandszeitschrift. Sie kann dafür auf umfangreiches Know-How und langjährig gewonnene Erfahrung aus ihren vorherigen Tätigkeiten in einem Brandenburger Verband zurückgreifen.

- Songtham Suwannasri
Referent für Vergütungen und Entgelte



Songtham Suwannasri ist als Nachfolger von Ute Zentgraff und neben Joachim Wagner zuständig für die Beratung und Unterstützung der Mitglieder in Vergütung- und Entgeltfragen. Er bringt umfangreiche betriebswirtschaftliche Kenntnisse und fundiertes Fachwissen mit.